

Sehnsucht nach Spiritualität

Wie können die Kirchen von der Sinnsuche profitieren?
Seite 2

Rheinischer
Merkur**„Ich habe keine andere Wahl“**

Berlinale-Preisträger Asghar Farhadi träumt vom Kino ohne Kopftuch. Seite 5

Ist der Protestantismus noch zu retten?

Der Theologe Friedrich Wilhelm Graf attackiert Kuschelpfarrer, Petra Bahr wehrt sich. Seiten 3, 4

**SEIN MOTIV:
ARNOLD SCHWARZENEGGER***Hasta la vista,
ewige Jugend*

Klassik braucht Vorbild: „Der einzige Weg für uns, groß, ja, wenn es möglich ist, unnachahmlich zu werden, ist die Nachahmung der Alten“, glaubte Johann Joachim Winckelmann. Das klingt plausibel. Doch nicht alle teilen des Archäologen Lob des Plagierers; gerade die Genies seiner Zeit wollten originär sein: sie selbst und sonst niemand, jeder sein eigener Faust, groß und unnachahmlich. Seither sind Künstler ästhetische Ego-Shooter, die nur mehr dem Gesetz des eigenen Willens folgen. Hasta la vista, Baby!

Winckelmanns letzter Jünger lebt in Kalifornien. Nach dem Abschied von der Politik arbeitet Arnold Schwarzenegger an seiner Transformation in Kunst. Bei dem Bildhauer Ralph Crawford hat er eine Statue seiner selbst in Auftrag gegeben, eine Ich-Imago von drei Meter Höhe. Wie bei den Griechen folgen Proportionen und Gestalt des Kolosses der Natur. Die Haltung beweist antikes Form-Bewusstsein. Nach Auskunft des Deutschen Bodybuilder- und Fitness-Verbandes zeigt sich der Bronze-Arnold in „klassisch gedrehter Doppelbizeps-Pose“ aus einer Posing-Kür, eine Figur, die Schwarzenegger beherrschte wie kein Zweiter. Wer kann, ahmt sie nach; die anderen staunen oder wenden den Blick.

Bald wird die Statue im österreichischen Thal bei Graz stehen, vor dem Museum des einstigen Steirerbuben. Von dort zog Schwarzenegger aus, um der Barbar Conan und der Terminator zu werden, der Mr. Universum und der Mr. Olympia. Jetzt, vor der Heimkehr, Auge in Auge mit seinem Urbild, ist der Metallmann ein Mahnmal der Vanitas. Vergeblich ruft es auf zur Nachahmung des Alten. Kurz ist das Leben, lang die Kunst: Schwarzenegger ist jetzt 63.

Sein Abbild wird ihn überdauern, edel, einfältig, still und groß. Klassisch hohl und für immer unnachahmlich jung.
Hans-Joachim Neubauer

FOTO: KYLE MILLS



Europa, wo bist du?

AUSSENPOLITIK Ausgerechnet der alte Kontinent hat Menschenrechte zum politischen Feigenblatt herabgewürdigt. Diese Politik rächt sich jetzt. Plädoyer für eine Rückbesinnung auf christliche Wurzeln und humanistische Ideale

Von Astrid Prange

Eine merkwürdige Stille liegt über Europa. Es ist die Stille geistiger Leere und schmerzhaften Bedeutungsverlusts. Während in der arabischen Welt die Sehnsucht nach Demokratie triumphiert, ringt die Wertegemeinschaft um ihre Identität. Die Demonstranten zwischen Tunis, Kairo und Tripolis haben den alten Kontinent an seine verdrängten Ideale von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten erinnert und ihn ganz nebenbei der Doppelmoral und Heuchelei überführt.

Europas Kuschelkurs mit nordafrikanischen Diktatoren rächt sich nun. Die politische Glaubwürdigkeit ist dahin. Wenn Menschenrechte für Europa nicht gleichermaßen wichtig sind wie Sicherheit und Wirtschaft, worin soll dann die Strahlkraft des alten Kontinents liegen?

Gerade die arabische Revolution ist der beste Beweis dafür, dass der Mensch nicht vom Brot allein lebt. Wirtschaftswachstum ist kein Garant für politische Stabilität. Im Gegenteil, es kann zur Wurzel politischer Unruhen werden, wenn die Reichtümer aus Öl, Gas oder anderen wachsenden Einnahmequellen nur einer kleptokratischen Elite zugute kommen. Die plakative Behauptung „Demokratie macht noch nicht satt“ erweist sich deshalb als falsch. Demokratie sättigt sehr wohl, denn sie birgt in sich die Hoffnung auf politischen Wandel und damit Besserung. In einer Diktatur existiert diese Zukunftsperspektive nicht, wie dies Nordkorea mit seinen gravierenden Hungersnöten in erschreckender Weise demonstriert.

Europa zahlt für diesen Primat von Wirtschaft und Sicherheit mit einem bitteren politischen Bedeutungsverlust. Arabien probt den Aufstand, ohne bewundernd auf Europa zu schauen. Die Wiege der Aufklärung und der Französischen Revolution scheint ihre Vorbildfunktion für Demokratie und Menschenrechte verloren zu haben. So lässt sich Ägypten bei seiner Suche nach demokratischen Vorreitern von der Türkei inspirieren, einem

Land, das mit seinem laizistischen Staatsmodell versucht, Demokratie mit Islam zu vereinbaren.

Nach einer Umfrage der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Istanbul Think-Tank Tesev aus dem vergangenen Jahr betrachten zwei Drittel der Befragten aus Ägypten, Jordanien, Libanon, Palästina, Syrien und Saudi-Arabien die Türkei als ein politisches Vorbild. Vier Gründe sind dafür ausschlaggebend: die Identifikation mit der überwiegend muslimischen Bevölkerung, der wirtschaftliche Erfolg, das

demokratische Regime und der Einsatz Ankaras für Palästina.

Auch Indonesien ist ein Beispiel für die Demokratiefähigkeit des Islam. Der Inselstaat mit der weltweit größten muslimischen Bevölkerung durchläuft seit dem Sturz von Diktator Hadji Mohammed Suharto 1998 einen demokratischen Wandlungsprozess. Die Verfassung garantiert Glaubensfreiheit für sechs Religionen, nur Atheismus ist nicht vorgesehen. Nach den fairen und friedlichen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2004 und

2009 gilt der Inselstaat mit seinen 200 Millionen Einwohnern als aufstrebende Regionalmacht.

So positiv die Anziehungskraft solcher Beispiele auch ist – sie sollte allen Politikern in Europa zu denken geben. Denn im Gegensatz zu den jungen religiösen Demokratien ist die Europäische Union auf dem besten Weg, sich von einer Wertegemeinschaft in eine Wirtschaftsgemeinschaft zurückzuentwickeln. Das Stündenregister ist lang. Es reicht von der schonenden Behandlung der Öl- und Gas-

potentaten in Weißrussland und Aserbaidschan bis zur Zusammenarbeit mit China, Pakistan, Libyen und dem Sudan. Und es erstreckt sich auf die jahrzehntelange Unterstützung von Autokraten wie Hosni Mubarak, Ben Ali oder Indonesiens Ex-Präsident Suharto.

Warum erklärt Brüssel die Wahrung von Demokratie und Menschenrechten zur Aufnahmebedingung für den Eintritt in die EU, wenn es sich nicht an seine eigenen Werte hält? Wenn Deutschland monatlang braucht, um 2500 verfolgte

Christen aus dem Irak aufzunehmen, läuft die Kritik an der wachsenden weltweiten Christenverfolgung ins Leere. Wenn Deutschland schwere Rüstungsgüter nach Pakistan und Saudi-Arabien exportiert, gerät die Terrorimusbekämpfung zur billigen Rechtfertigungsfloskel. Wenn die EU Simbawes Schreckensherrscher Mugabe geißelt, aber zu Massenschießungen in China und brutaler Unterdrückung in Birma schweigt, dann mangelt es an Kohärenz und Glaubwürdigkeit.

Menschenrechte beginnen zu Hause. Statt mit großen Worten könnten Brüssel, Paris und Berlin mit kleinen Taten beweisen, dass Europa seine Geschichte und seine Identität wieder ernst nimmt. Sie könnten sich stärker finanziell an UN-Friedensmissionen beteiligen, ihre Außenpolitik besser aufeinander abstimmen und sich für ein gemeinsames europäisches Asylrecht einsetzen. Bisher hat Deutschland jede Anstrengung, eine einheitliche Regelung zu schaffen und die Flüchtlinge an Europas Außengrenzen nach einem Schlüssel gleichmäßig auf die EU-Mitgliedsstaaten aufzuteilen, blockiert. Dies ist ein beschämender Beweis für mangelnde internationale, aber auch für mangelnde ineuropäische Solidarität. Eine echte Wertegemeinschaft sieht anders aus.

Natürlich können sich weder die EU noch Deutschland die Welt schönreden und den Dialog mit künftigen Supermächten wie China oder Russland verweigern, weil dort Menschenrechte verletzt werden. Doch Europa darf trotz strategischer und wirtschaftlicher Interessen seine eigenen Werte nicht verleugnen. Es ist mehr als die Summe des Bruttoinlandsproduktes seiner 27 Mitgliedsländer. Es hat die Welt mit seiner geistigen Dynamik, seinen christlichen Wurzeln und seinen humanistischen Idealen beflügelt. Wenn es dieses einzigartige Erbe seiner Geschichte nicht nutzt, um im 21. Jahrhundert die Globalisierung der Menschenrechte voranzutreiben, hat es seine Seele verloren.

Das Wir kommt zu früh

REFORMDEBATTE Das Theologen-Memorandum spaltet die Bischofskonferenz, doch ihr Vorsitzender verspricht Einheitlichkeit. Warum eigentlich?

Von Volker Resing

Der Appell der Unionspolitikler zum Zölibat, mehr noch aber das Reformpapier der Theologen, sie haben Unfrieden gesät unter den Oberhirten. Möglicherweise sogar noch mehr als der Missbrauchsskandal. Als der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Robert Zollitsch, im Herbst seine Dialoginitiative ausrief, ließ er einige Mitbrüder skeptisch zurück. Die Uneinigkeit blieb unausgesprochen, das Kollegium wirkte zaghaft.

Die Wortmeldungen einzelner Bischöfe zum Theologen-Memorandum fallen nun ungewohnt vielstimmig aus. In Kurzform: Algermissen – „zu plakativ“, Bode – „wichtiger Diskussionsbeitrag“, Genn – „erschwert den Prozess“, Ackermann – „heilsame Störung“. Erzbischof Zollitsch ist nun darum bemüht, moderierend Gemeinsamkeit unter seinen Kollegen zu stiften. „Wir deutschen Bischöfe wollen dazu (zu der Reformdiskussion) in unserer Frühjahrsvollversammlung im März Vorschläge erarbeiten“, schreibt der Freiburger Erzbischof in einem Zeitungsbeitrag. Das „Wir“ ist ein zentrales Wort des Textes, es ist ein beschwörendes Wir, das die Einigkeit befördern soll.

Doch noch ist kaum absehbar, wie denn ein gemeinsames Reformpapier aller Bischöfe aussehen könnte. Da haben nun mal die liberaleren Oberhirten andere Ideen als die eher konservativ orientierten. Ist das schlimm? Aber vor allem: Warum darf das nicht mal sichtbar werden? Vielleicht braucht es eine Dialoginitiative unter den Bischöfen, um quälend lange Prozeduren wie in den vergangenen Jahren zu vermeiden. Es scheint sich so etwas wie ein kirchlicher Krisenreaktionsmechanismus mit eingebauter, aber nicht sehr effizienter, Entschleunigungs-

Noch ist kaum absehbar, wie ein Reformpapier aller Bischöfe aussehen könnte.

automatik herauszubilden. Im zurückliegenden Jahr wurde dies deutlich beim Thema Missbrauch: Im Januar 2010 gab es die ersten Veröffentlichungen, das Erschrecken war groß, zunächst wurde ein Stillhalteabkommen unter den Bischöfen geschlossen, als ginge es lediglich darum, ein Unwetter zu überstehen: Man verkriecht sich und hofft, bald werden sich die Wolken verziehen. Dann, als das bessere Wetter ausblieb, wurde eine Reaktion angekündigt. Für die Frühjahrsvollversammlung. Die Erwartungen wuchsen, doch das Ergebnis enttäuschte Teile der Kirche und der Öffentlichkeit. Vertagung bis zur Herbstvollversammlung.

Jetzt, über ein Jahr nach Ausbruch der Krise, wollen die Bischöfe in Paderborn bei ihrer Sitzung ein demonstratives Schuldbekenntnis ablegen. Allerdings ist die öffentliche Aufmerksamkeit schon bei einem anderen Thema angelangt, bei den Reformfragen nämlich. War es im vorvorigen Jahr bei der Debatte um die Wiederzulassung der lateinischen Messe und den Umgang mit den Piusbrüdern nicht ähnlich? War man nicht auch da zu spät und zu defensiv? Kern dieser institutionalisierten Zögerlichkeit ist vermutlich gar nicht eine tatsächliche Unentschlossenheit Einzelner, sondern vor allem diese einengende Kollegialität, die keine positive Kraft mehr entfaltet. Weil man sich im Ganzen nicht einig wird, passiert wenig oder nichts.

Diese Praxis der Kollegialität gilt es zu überdenken. Sonst könnte es auch bei der Reformdebatte wieder heißen, zumal im Jahr des Papstbesuches: Bloß kein Streit! Doch vielleicht wäre eine Debatte mit offenem Visier die bessere Wahl. Denn rundum recht hat in dem innerkirchlichen Strömungsstreit ohnehin keiner. Allenfalls jeder ein bisschen.